



POLITIK / KOMMENTAR

Volkswagenkonzern - Geschäft ist Geschäft ...

(SB) - Volkswagen will ein neues Werk in einem Billiglohnland bauen. Die Entscheidung über den Standort dürfte der Aufsichtsrat noch vor der Sommerpause im Stammwerk Wolfsburg und damit in wenigen Tagen fällen. Da die Produktionskosten deutlich gesenkt werden sollen, wird ein Land mit niedrigeren Löhnen als in der Bundesrepublik und guten Absatzchancen gesucht. Ungarn und Polen wurden schnell von der Liste gestrichen, auch Rumänien, Serbien und Bulgarien sind inzwischen kein Thema mehr, da selbst die niedrigen osteuropäischen Lohnkosten noch unterboten werden können. Wenngleich das ... (Seite 5)

SPORT / BOXEN

Mittelgewicht - der verlorene Sohn kehrt heim ...

*Demetrius Andrade besiegt
Maciej Sulecki nach Punkten*

(SB) - Demetrius Andrade hat den WBO-Titel im Mittelgewicht zum zweiten Mal erfolgreich verteidigt. Beim ersten Auftritt in seiner Heimatstadt Providence, Rhode Island, in seiner elf Jahre währenden Profikarriere setzte sich der Lokalmatador vor rund 7100 Zuschauern ... (Seite 15)

Nicht objekt-, sondern subjektbegründet ...

Moshe Zuckermann im Gespräch



*Moshe Zuckermann
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Zeit, dem Schattenblick einige Fragen zu beantworten.

(SB) 1. Juli 2019 - In seinem Vortrag zur Freiheit von Kunst und Kultur in der Warengesellschaft sprach der Soziologe und Kunsttheoretiker Moshe Zuckermann am 8. Juni auf der Künstlerkonferenz von Melodie & Rhythmus in Berlin-Neukölln [1] über die politische Verantwortung von Kunstschaffenden im Verhältnis zu den sozialen und materiellen Bedingungen, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken. Anschließend fand der von vielen BesucherInnen der Konferenz umlagerte Gast aus Israel

Schattenblick (SB): Die im Bundestag mehrheitlich bekräftigte Aussage, der Boykottaufruf der zivilgesellschaftlichen Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) erinnere an die antisemitischen Positionen des NS-Regimes, nimmt einen Vergleich in Anspruch, in dem völlig unterschiedliche Machtverhältnisse in eins gesetzt werden. Was läßt sich zu der auch anderweitig in Anspruch genommenen Praxis sagen, aus der Gleichsetzung politisch, sozial und historisch ganz verschieden gelagerter Auseinan-

dersetzungen politischen Nutzen zu ziehen?

Moshe Zuckermann (MZ): Der Vergleich ist normalerweise dazu da, um entweder eine Identität oder einen Unterschied aufzuzeigen. Es müssen zu diesem Zweck Kategorien sein, die vergleichbar sind, die kompatibel sind. Wenn man 1933 den Satz sagte "Kauf nicht bei Juden" und BDS heute sagt "Kauft nicht in Israel" - und in Israel wohnen Juden - um daraus zu machen: "Kauft nicht bei Juden", dann wird der Kontext ausgeblendet, nämlich die Tatsache, daß die Juden im Jahre 1933 nichts verbochen hatten, wofür man sie boykottierte, während die Israelis eine ganze Menge verbochen haben, wofür sie boykottiert gehören, jedenfalls nach den Gesichtspunkten derjenigen, die zum Boykott aufrufen. Von daher ist der Vergleich nicht nur unzulässig, er ist auch zutiefst unmoralisch, weil Täter und Opfer, die sich überhaupt nicht auf derselben Ebene befinden, dadurch auf eine Ebene gestellt werden. Zweimal sind die Juden die Opfer, und zweimal sind diejenigen, die die Juden opfern, die Täter.

Das heißt, 1933 waren die Nazis die Täter, die gegen die Juden vorgegangen waren, und heute sind es die "schlimmen" Palästinenser, die zu BDS aufrufen. In beiden Fällen sind die Juden die Opfer. Jedoch: Juden sind nicht die Opfer von Palästinensern, sondern Palästinenser sind die Opfer von Juden, genauer, von jüdischen Israelis. Und von daher ist dieser Vergleich absolut unzulässig! Mein Argument in bezug auf BDS befindet sich auf einer anderen Ebene. Wäre die BDS-Kampagne so umfassend, wie

man sie beispielsweise gegen die Apartheid in Südafrika in den 60er, 70er und 80er Jahren weltweit organisieren konnte, würde ich sagen, ja, zwingt ruhig die Israelis in eine Notlage, damit wir endlich mit den Friedensverhandlungen vorankommen. An dieser Stelle wäre BDS ein Mittel, um die Friedensinitiative in Richtung auf eine politische Lösung anzustoßen.

Aber BDS findet keine weltweit umfassende Resonanz, sondern nur eine partikuläre, und dies zeigt die idiotischen Zustände. Als zu BDS anfangs aufgerufen wurde, war ich noch der Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Als dazu aufgerufen wurde, israelische Hochschulen zu boykottieren, haben meinen linken Freunde und linken Kollegen aus Europa, aus Deutschland mich in Israel boykottiert, weil ich Israeli bin. Jedoch Rechte, Konservative und Liberale hatten überhaupt kein Problem, nach Israel zu kommen. Das heißt, die Benachteiligten bei der ganzen Angelegenheit waren linke Israelis, die jetzt boykottiert wurden, ohne daß dies irgendeinen nennenswerten Effekt gezeitigt hätte.

Es geht darüberhinaus aber auch um ein anderes Moment: Man ruft zum Boykott von Kulturveranstaltungen und von akademischen Veranstaltungen auf. Ich muß jedoch ganz ehrlich sagen, wenn es in Israel irgendwelche Sphären gibt, die noch emanzipativ tätig sind, sind es gerade die Universität und die Kunstszene. Die zu boykottieren ist schon wieder ein Schuß ins eigene Bein. Dennoch sage ich weiterhin, daß Boykott durchaus eine legitime politische

Handlung von Menschen ist, die Unterdrückung und Repression ausgesetzt sind. Dies ist für meine Begriffe ein vollkommen legitimer Aufruf der Palästinenser. Warum ist er nicht antisemitisch? Weil sie nicht gegen die Juden aufrufen, sondern gegen die Israelis - und es gibt gute Gründe, warum Palästinenser zum Boykott gegen die Israelis aufrufen, auch wenn der Erfolg gering ist. Es sind eher Mückenstiche, so wie auch Terrorhandlungen nur Mückenstiche sind. Das hängt damit zusammen, daß die Weltkonstellation heute eine ganz andere ist als im Falle Südafrikas in den 60er, 70er und 80er Jahren. Solange ein Mann wie Trump US-Präsident ist, solange amerikanische Präsidenten auf die jüdische Stimme hören müssen, um erfolgreiche Wahlkämpfe zu machen, solange Deutschland das Sagen hat in der EU, wird es nie zu einer konsolidierten Aktion gegen Israel kommen, um nicht davon zu sprechen, was die Lobbys in ganz anderen Bereichen unterstützen.

SB: Um noch einmal das Thema des Vergleiches aufzugreifen - der bei Marx elementar in Frage gestellte Tausch beruht auf vermeintlichen Äquivalenten, die zu bestimmen der Abstraktion bedarf. Menschen hingegen sind zu 100 Prozent einzigartig, auch wenn es viele Ähnlichkeiten gibt. Was ist für dich der tiefere Sinn und Zweck dessen, zusammenfassend zu kategorisieren und dann zu vergleichen und gegeneinander zu halten?

MZ: Weil wir sonst nicht fähig sind, in irgendeiner Weise unsere Vernunftkategorien einzusetzen. Das heißt, wir können nicht je-



*Im Gespräch mit Esther Bejarano auf der Künstlerkonferenz
Foto: © 2019 by Schattenblick*

desmal namentlich aufführen, wer alles auf welche Weise auf die Straße geht, sondern man sagt: Menschen gehen auf die Straße. Das heißt, es gibt eine abstrakte Kategorie, in der die Individuen subsumiert werden. Das ist aus sprachökonomischen Gründen nicht anders möglich. Wir haben die Neigung in Gruppen zusammenzufassen. Ein schönes Beispiel ist die Entwicklung der Religionen. Beim Animismus ist jeder Stengel, der im Wind zittert, animiert, also ist irgendein Geist in dem Stengel. Bis man eines Tages auf den Polytheismus kam - es gibt die Stengel, es gibt die Felsen, es gibt die Wolken, es gibt die Bäume, und eines Tages gibt es einen Gott der Felsen, einen Gott der Bäume usw. Das heißt, ich habe Kategorien geschaffen. Bis eines Tages noch eine weitere Abstraktion kreierte wurde, der Monotheismus: Es gibt einen einzigen Gott, von dem sich alles ableitet. Das heißt also, unsere Neigung zu abstrahieren macht einen Teil unserer Qualität als Men-

schen aus. Menschen haben natürlich auf der einen Seite die Eigenschaft, über Dinge abstrakt denken zu können. Aber auf der anderen Seite wirkt gerade durch die Abstraktion das Individuelle total entindividualisierend. Wir sprachen gerade über Auschwitz - wenn Adorno sagt, in Auschwitz starb nicht mehr das Individuum, sondern das Exemplar, dann heißt es ja genau, daß dort nicht der individuelle Jude getötet wurde, sondern der Jude als abstrakte Kategorie, die sogar numeriert ist.

Dasselbe gilt nun für Marx, der das Fließband noch nicht kannte. Dem Unternehmer ist vollkommen egal, wer am Fließband steht, ob es Hans oder Lottchen, Roberto und Bianca ist, es ist vollkommen egal. Die Arbeit muß in der Zeit zwischen acht und vier Uhr geleistet werden, und wer am Fließband steht, ist austauschbar, ist fungibel. Das ist genau diese Abstraktion, von der auch Marx redet, daß im Tausch, wenn es ein Tausch ist, der nicht wirklich eine Äquivalenz darstellt, die in irgendeiner Weise noch das Individuelle in seinem Wesen erfaßt, das Indivi-

duum mehr oder weniger zu Tode kommt.

Apropos Tod - nach der verlustreichen Schlacht bei Preußisch Eylau, die weder für Franzosen, noch Engländer, noch Preußen in irgendeiner Weise zu einer Entscheidung führte, soll Napoleon, als er von der Höhe seines Pferdes auf die 20.000 Gefallenen blickte, gesagt haben: In einer Nacht in Paris produzieren wir das aufs Neue. Er sieht nicht den Vater, nicht den Sohn, nicht den Ehemann, nicht den Onkel - was er sieht, sind Leute, die in Paris reproduzierbar sind, abstrakt. Das ist ein Grundzug der Moderne. Man kann sagen, schon immer wurde abstrahiert, man redete von Volk, man redet von Nation usw. - der Unterschied zu vor-modernen Zeiten ist der Anspruch der Moderne, gerade das Individuum in den Mittelpunkt zu stellen und zum Ziel zu erklären. Das ist das, was Kant meint, wenn er sagt, jeder Mensch soll nur als Zweck in sich selbst und nicht als Mittel zum Zweck betrachtet werden. Und genau das wird ja durch die moderne Massengesellschaft im Bereich des Massenkonsums, im Bereich der Massenproduktion, im Bereich des Massensterbens usw. unterminiert. Das heißt, man guckt nicht mehr auf das Individuum, man guckt nur noch auf die Abstraktion des Individuums.



*Unerschrocken zur Sache in der Tradition der Kritischen Theorie
Foto: © 2019 by Schattenblick*

SB: In der Linken der Bundesrepublik wird seit längerem über das Verhältnis von Identitätspolitik und Klassenherrschaft debattiert, und zwar häufig unter der Behauptung, daß die jeweils darum geführten Kämpfe einander ausschließen. Ist es deiner Ansicht nach wirklich so irrelevant, wenn Menschen unter geschlechtlichen Normierungen und patriarchaler Unterdrückung leiden, daß man diese Probleme als gegenüber der Überwindung des Kapitalverhältnisses sekundär betrachten sollte?

MZ: Ich bin nicht der Meinung, daß das irrelevant ist. Ganz im Gegenteil würde ich eine ganze Menge Koordinaten anführen, beispielsweise die Gender-Koordinaten, Sexualverhalten, die ethnischen Koordinaten, religiöse Koordinaten usw. Zur Frage, ob diese Koordinaten sekundär sind oder nicht, ist zu sagen, daß sie nicht sekundär oder irrelevant für die Opfer diskriminierender Handlungen oder eines sexuellen Übergriffs sind. Marcuse sagte einmal: Ich weiß, daß, wenn der Kapitalismus einstürzt, mein Problem mit meiner Freundin damit nicht gelöst wäre, aber laßt uns erst einmal mit dem Einsturz des Kapitalismus beginnen. Deshalb würde ich eher fragen, was Menschen heute in ihren Grundbedürfnissen ausmacht.

Es geht um die ungleiche Ressourcenverteilung in der Welt und die Tatsache, daß durch das Kapital eine Polarisierung stattfindet, da der Reichtum der Welt von einer kleinen Minderheit kontrolliert wird. Das hat unter anderem zur Folge, daß in bestimmten Regionen der Welt im Jahre 2019 noch immer Millionen Menschen

alljährlich an Hunger sterben, obwohl es nach dem Stand der Produktionsmittel überhaupt keinen Grund geben müßte, daß ein Mensch heute noch an Hunger stirbt. Das ist die Art von Priorität, die man setzen kann. Wie ich schon vorhin gesagt habe, sexuelle Übergriffe sind immer Formen von Machtausübung. Wenn es zu solchen Übergriffen kommt, dann rede ich nicht darüber, daß der Kapitalismus erst zusammenbrechen muß, dieses Problem muß sofort angegangen und in den Griff genommen werden.

Übrigens muß ich sagen, daß in dieser Hinsicht auch eine ganze Menge geleistet worden ist. Ich möchte dir aber ein Beispiel geben, wo ich das in der Tat für ein Problem halte. Wir haben jetzt Wahlen in Israel gehabt. Vor den Wahlen wurden Leute aus sogenannten Entwicklungstädten im Süden, von der Infrastruktur und von den Arbeitsmöglichkeiten her vernachlässigte Gegenden, interviewt. Erst kam ein Mann zu Wort, später auch eine Frau, die darüber klagten, daß sie keine Arbeit haben. Und wenn sie Arbeit bekommen, sei es minderwertige Arbeit. Und die Jugend ziehe aus der Ortschaft weg und so weiter - sie haben also wirklich eine desaströse soziale Situation geschildert. Und dann fragte der Reporter: Wen wollt ihr denn wählen? Darauf haben sie geantwortet: Bibi, also Netanjahu. Da stellt sich die Frage, warum? Und jetzt komme ich auf deine Frage zurück.

Der Journalist fragte in Stadtvierteln, in denen zum großen Teil orientalische Einwanderer aus den 50er Jahren wohnen, die in ihrem Selbstverständnis von den

aschkenasischen Juden, die damals die Hegemonie hatten, entrechtet und diskriminiert worden sind. Diese Leute reden heute noch von der Mapai-Partei, das war die damalige Arbeitspartei, die sie nie wählen würden, selbst wenn sie sterben müßten. Das ist eine Folge des ethnischen Resentiments, teilweise aber auch einer vollkommen verdrehten Vorstellung vom Zustandekommen ihrer Lebensbedingungen und ihrer Probleme. Wenn man an dieser Stelle die Ethnie als das bessere Argument für deren Lebensverhältnisse anbringt, dann würde ich sagen, daß es darum nicht gehen kann. Es geht um sozioökonomische Faktoren, denn diese Verhältnisse sind nicht aus ethnischen Gründen entstanden.

SB: Moshe, vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] BERICHT/338: Manifest für Gegenkultur - Gefahren und Chancen ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0338.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0439.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

Volkswagenkonzern - Geschäft ist Geschäft ...

Wir begrüßen es natürlich, wenn VW sein neues Werk in der Türkei baut. Aber der Konzern sollte sich fragen, zu welchem Preis er das tut. Es darf nicht passieren, dass in der Fabrik internationale Rechte und Normen der EU verletzt werden, wie wir das in der Türkei immer wieder erleben.

Eyüp Özer (Auslandschef der Metallgewerkschaft Birlesik Metal Is in Istanbul) [1]

(SB) 1. Juli 2019 - Volkswagen will ein neues Werk in einem Billiglohnland bauen. Die Entscheidung über den Standort dürfte der Aufsichtsrat noch vor der Sommerpause im Stammwerk Wolfsburg und damit in wenigen Tagen fällen. Da die Produktionskosten deutlich gesenkt werden sollen, wird ein Land mit niedrigeren Löhnen als in der Bundesrepublik und guten Absatzchancen gesucht. Ungarn und Polen wurden schnell von der Liste gestrichen, auch Rumänien, Serbien und Bulgarien sind inzwischen kein Thema mehr, da selbst die niedrigen osteuropäischen Lohnkosten noch unterboten werden können. Wenngleich das letztendliche Votum noch aussteht, gibt es Konzernkreisen zufolge eine Vorentscheidung, die neue Fabrik in der Türkei zu errichten. Ausschlaggebend bei der Wahl ist eine Reihe von Faktoren, die aus Sicht der Konzernleitung wie auch der Landespolitik in Niedersachsen und der Bundesregierung für diese Option sprechen. Dieser Ratio werden Bedenken angesichts der anhaltenden Repression in der Türkei, wo das Erdogan-Regime die Menschen- und Arbeiterrechte mit Füßen tritt, leichterdinge geopfert. Ganz im Gegenteil zählen gerade diese Voraussetzungen zu den maßgeblichen Vorteilen des bevorzugten Standorts, stel-

len sie doch ein extrem niedriges Lohnniveau und die Verhinderung von Arbeitskämpfen in Aussicht.

Zuletzt war noch Bulgarien mit im Rennen, wo die Regierung in Sofia massiv für die Ansiedlung einer neuen VW-Fabrik im Land wirbt. Für diese Option spräche, daß der Staat Teil der Europäischen Union ist und damit eine gewisse Rechtssicherheit garantiert. Daß dies nicht für die Türkei gilt, macht sie jedoch für VW um so attraktiver. Dort sind sechs internationale Autobauer präsent, die einen Großteil ihrer Fahrzeuge vor allem in die EU exportieren. Auf Autos und Zulieferteile fallen keine Zölle an, da das Land der Zollunion angehört. Diese war als Vorstufe zum EU-Beitritt gedacht, der jedoch auf unabsehbare Zeit auf Eis liegt. Deshalb gelten die europäischen Arbeits- und Sozialstandards noch nicht, so daß sich Volkswagen das für den Konzern günstigste aus beiden Sphären herausuchen könnte: Während die Türkei die Vorteile der Zollunion genießt, ist sie nicht gezwungen, sich an die Menschen- und Arbeitsrechtsstandards der EU zu halten.

Das Präsidialregime Recep Tayyip Erdogans höhlt das Streikrecht systematisch aus, er-

schwert die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und läßt unliebsame Arbeitskräfte unter fadenscheinigen Gründen festnehmen. Nach Angaben des Auslandschefs der Metallgewerkschaft Birlesik Metal Is in Istanbul, Eyüp Özer, brauchen die Autokonzerne unter den drakonischen Bedingungen in der Türkei nur 2,40 Euro netto in der Stunde zu zahlen, neue Arbeiter erhielten den Mindestlohn von 1,40 Euro. Das resultiere aus dem Streikverbot und dem Verbot, Gewerkschaften frei wählen zu dürfen. Özer appellierte an VW, in den Gesprächen mit der türkischen Regierung "auf die Verbesserung grundlegender Menschen- und Arbeiterrechte zu bestehen". Würden diese Fragen nicht geklärt, "wären die menschlichen Kosten dieser Investition viel zu hoch".

Ende Mai stellte die EU-Kommission in ihrem Türkei-Bericht fest: "Friedlich arbeitende Funktionäre und Mitglieder sehen sich willkürlichen Entlassungen, Bedrohungen und Festnahmen ausgesetzt." Als es im September auf der Baustelle des Istanbul Flughafen wegen schlechter Arbeitsbedingungen mit zahlreichen tödlichen Unfällen zu Ausständen gekommen sei, hätten Sicherheitskräfte 500 Streikende festgenommen, mehr als 60 dieser Ar-

beiter stünden vor Gericht. Die Türkei erlebe "eine Verletzung grundlegender Arbeitsrechte, etwa der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen". Die Regierung habe 2018 mindestens zwei Streiks faktisch verboten. Özer wies darauf hin, daß das Kabinett Arbeitsniederlegungen mit der Begründung untersage, sie gefährdeten die nationale Sicherheit. Das Streikverbot verstoße aber gegen die Verfassung, gegen internationale Abkommen und sei höchststrichterlich zurückgewiesen worden.

So hat das Verfassungsgericht entschieden, daß ein im Jahr 2015 von Birlesik Metal Is organisierter Streik nicht hätte verboten werden dürfen. Damals war es in der Kfz-Industrie zu Ausständen gekommen, nachdem die Tarifverhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation MESS gescheitert waren. Es ging aber auch darum, daß sich einige Arbeiter von der arbeitgebernahen Gewerkschaft Türk Metal nicht vertreten fühlten und daran gehindert wurden, zu Birlesik zu wechseln. Insgesamt legten 20.000 Metaller die Arbeit nieder, unter anderem bei Renault, Fiat und Ford. Trotz des gewonnenen Prozesses sieht die Gewerkschaftsföderation Industri-All keine Verbesserungen. Denn seit dem Putschversuch 2016 seien die Streikverbote sogar noch ausgeweitet worden. Im Juni forderte die Internationale Arbeitsorganisation ILO Ankara auf, Arbeitnehmern endlich die volle Vereinigungsfreiheit und faire juristische Verfahren zuzugestehen. Der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC, dem der DGB angehört, führt die Türkei

inzwischen unter den "10 schlimmsten Ländern für Arbeiter". Besonders nachteilig wirke sich Erdogans Dekret Nummer 5 aus, das die Gewerkschaften der Regierungsaufsicht unterstelle. Der staatliche Kontrollrat könne jederzeit Akten einsehen, Untersuchungen einleiten und die Gewerkschaftsspitze auswechseln.

Ein weiterer Standortvorteil der Türkei aus Sicht des VW-Konzerns wäre der große Absatzmarkt mit 80 Millionen Einwohnern, was im Kontext einer langfristigen Investitionsentscheidung von Bedeutung ist. Neben günstigen Steuern, genügend Fachkräften und einer langen Erfahrung im Autobau spricht auch die logistische Anbindung des geplanten Standorts Manisa bei Izmir, der Hafenstadt an der Ägäis, für diese Option. Zudem lockt Ankara mit mehr als 100 Millionen US-Dollar Zuschuß und einem kostenfreien Grundstück, so daß ein erheblicher Anteil der geplanten Investitionskosten in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro gedeckt wäre. Überdies will der Staat eine signifikante Menge von bei Beamten und Politikern beliebten Passat-Limousinen abnehmen. Sollte sich Volkswagen für einen anderen Standort entscheiden, fahren die Staatsbediensteten in Zukunft wohl eher Toyota, heißt es aus Ankara.

In dem neuen Werk könnten vor allem Limousinen der Konzernmarken VW und Skoda gefertigt werden. Die Führung um Vorstandschef Diess hätte dort zwar lieber sportliche Geländewagen gebaut, was Betriebsratschef Bernd Osterloh aber abgelehnt haben soll. Er befürchtete, daß

die SUV-Modelle dann zu günstigen Konditionen nach Zentraleuropa exportiert würden. Das Stammwerk in Wolfsburg und andere deutsche Standorte hätten das Nachsehen. Ein erstes Modell dürfte der VW Passat werden, der aktuelle Produktionsstandort Emden soll bis zum Jahr 2022 komplett auf Elektrofahrzeuge umgerüstet werden. Damit zeichnet sich zugleich ab, daß der Skoda Superb, der auf derselben Plattform basiert, ebenfalls in der Türkei produziert würde. Der ursprüngliche Plan, Skoda die Leitung der neuen Fabrik zu übertragen, wurde kassiert, die Verantwortung soll bei der Marke Volkswagen liegen. Damit besänftigte der Vorstand Betriebsratschef Osterloh, der mit einer Blockade gedroht hatte, weil er eine Verlagerung von Modellen aus den deutschen Werken nach Osteuropa befürchtete.

Wenngleich aus Unternehmenssicht die Rahmenbedingungen für die Türkei sprechen, geht der Volkswagen-Konzern mit einer gewissen Zurückhaltung zu Werke, um nicht einen Imageverlust zu riskieren. Eine Kampagne der Kundschaft, die zum Boykott von VW wegen eines Pakts mit dem Regime aufriefe, stünde dem Unternehmen schlecht zu Gesicht und wäre finanziell ein Schlag ins Kontor. So wurde Erdogan aus den Verhandlungen über die größte Einzelinvestition aus Deutschland in der Türkei seit Jahrzehnten an der Oberfläche komplett herausgehalten, während Arda Ermut, Chef der türkischen Investitionsagentur, als Gesicht der Gesprächspartner fungierte. Unter dessen konzentrierte sich der

Staatschef auf die Wiederholung der Bürgermeisterwahl in Istanbul und erwähnte VW mit keinem Wort, obgleich ihm das sicher im Wahlkampf gelegen gekommen wäre. [2]

Das heikle Thema nötigt auch der beteiligten deutschen Politik manch verbalen Eiertanz ab, die Wahrung der Menschenrechte anzumahnen, um dann erst recht für die Investition in der Türkei zu plädieren. Das SPD-geführte Land Niedersachsen, das eine Sperrminorität an VW hält, muß das neue Werk absegnen. Der verzweifelt zu einem Hoffnungsträger der angeschlagenen Partei erkorene Ministerpräsident Stephan Weil, der im VW-Aufsichtsrat sitzt, erhebt keine Einwände: "Ich habe mich immer gegen Forderungen gewehrt, man dürfe nicht mehr in der Türkei investieren." Selbst die Opposition in dem Bundesland hält sich mit Kritik zurück, denn der einflußreiche VW-Konzern ist dort ein Faktor, den alle mit Vorsicht behandeln. Zwar sei die Menschenrechtssituation in der Türkei "höchst problematisch und kritisch", sagt die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anja Piel. Gleichzeitig sehe man gerade, daß die Opposition wieder an Stärke und Rückhalt im Land gewinne. "Diese Gesamtsituation gilt es auch bei Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen." Und Jörg Bode, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, sprach von einer "unternehmerischen Entscheidung von VW, die es hier zunächst zu respektieren gilt, und die wir nicht politisch bewerten wollen". Er regte aber an, im Unternehmen einen "einheitlichen Wertemaßstab" aufzustellen, der

auch die Frage beantworten soll, ob und unter welchen Bedingungen VW in Ländern mit problematischer Menschenrechtssituation investieren solle.

Bei Volkswagen nimmt man solche Steilvorlagen dankend auf und versichert, der Konzern Sorge stets dafür, "dass durch unsere Geschäftstätigkeit keine Menschenrechte verletzt werden". Dieser frappierenden argumentativen Dissoziation, daß die Geschäftstätigkeit absolut sauber sei, während alles übrige auf das Konto der Türkei gehe, für deren Handlungsweise man schließlich keine Verantwortung trage, scheint auch den hiesigen Führungen von Betriebsräten und Gewerkschaften als probate Ausflucht zu behagen. Die Rolle Osterlohs im Konzert der Standortpolitik wurde bereits angedeutet, gravierende Einwände gegen die türkische Option aus seinem Munde sind nicht bekannt. Anzumerken wäre noch, daß die bereits erwähnte eher linksgerichtete Birlesik Metal Is Mitglied des türkischen Gewerkschaftsbunds Disk ist, der wiederum mehreren internationalen Kooperationen angehört, darunter der Gewerkschaftsföderation Industri-All. Deren Präsident ist der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. Die deutsche Gewerkschaft wollte sich indessen gegenüber der F.A.Z., der das aufhielt, zu den Bedenken der Schwesterorganisation nicht äußern.

Auf Unterstützung und Solidarität, wie sie die Lohnabhängigen und oppositionellen Gewerkschaften in der Türkei so dringend benötigen, können sie bei den deutschen Konzernbetriebsräten

und Gewerkschaftsführungen offensichtlich nicht zählen. Als gelte es, der Kollaboration deutscher Wirtschaft und Politik auch in diesem Zusammenhang die Krone aufzusetzen, bekundet nun auch Saudi-Arabien massives Interesse an VW. Kronprinz Mohammed Bin-Salman hat in Südkorea ein milliardenschweres Abkommen zur wirtschaftlichen Kooperation unterzeichnet, bei dem es auch um den Automobilhersteller Hyundai geht. Was VW betrifft, würde das Königshaus jedes gebaute Auto mit mindestens 1000 US-Dollar über mehr als 10 Jahre fördern, und der Staat dem Werk pro Jahr Fahrzeuge in fünfstelliger Höhe abnehmen. Die Umsatzsteuer liege bei fünf Prozent, Land, Gebäude und Infrastruktur würden zur Verfügung gestellt, Aus- und Weiterbildung finanziert. [3] Ist das ein Angebot, das man nicht ausschlagen kann? Daß deutsche Konzernmanager im Zweifelsfall so wie Jamal Kashoggi enden könnten, sollte doch kein entscheidender Hinderungsgrund sein.

Anmerkungen:

[1] www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/erstes-vw-werk-in-der-tuerkei-faellt-der-bau-ins-wasser-16261798.html

[2] www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/automobilindustrie-volkswagen-will-neues-auto-werk-voraussichtlich-in-der-tuerkei-bauen/24480012.html

[3] www.tagesschau.de/investigativ/vw-werk-109.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1202.html>

POLITIK / AUSLAND / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**New York City auf dem Weg zum Ausstieg aus Investitionen in Atomwaffen
und zu deren Verbot**

von David Andersson, Pressenza New York



Von links nach rechts: Mitchie Takeuchi, Anthony Donovan, Seth Sheldon, Brendan Fay (mit Nobel Medaille), Matthew Bolton, Kathleen Sullivan, Robert Croonquist und Rebecca Irby.

Bild: © Pressenza NYC

New York - 28.06.2019. Am Mittwoch, den 9. Juni, schlugen die Mitglieder des New Yorker Stadtrates Dromm, Rosenthal und Kal-

los die Resolution 976 vor, die von der Stadt verlangt, 1.) sich von Finanzinstituten zu trennen, die an der Produktion und Wartung von Atomwaffen beteiligt sind; und 2.) sich für den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen. New York City wird sich der Stadt Paris anschließen, die die erste französische Stadt ist, die den Vertrag unterstützt, und die zweite Haupt-

stadt eines Staates, der selber Atomwaffen besitzt.

Es ist ein sehr wichtiger Schritt, aber nur der Anfang. Nun müssen die einzelnen Ratsmitglieder die Resolution unterschreiben. Im September soll es öffentliche Anhörungen geben, und danach wird der Stadtrat über die Resolution abstimmen, woraufhin sie an den Bürgermeister geht, der sie ent-

weder unterzeichnen oder ablehnen kann.

Der Text der Resolution lautet: "Resolution, in der der New York City Comptroller (zu dtsh.: Rechnungsprüfer) aufgefordert wird, die Pensionsfonds der öffentlichen Angestellten in New York City anzuweisen, sich von Unternehmen zu trennen und jegliche finanzielle Abhängigkeit von Unternehmen zu vermeiden, die an der Produktion und Wartung von Atomwaffen beteiligt sind, New York City als atomwaffenfreie Zone zu bestätigen, dem Appell der ICAN Städte [1] beizutreten und die Vereinigten Staaten dazu aufzufordern, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterstützen und ihm beizutreten. Ausschuss der Stadt New York für öffentlichen Dienst und Arbeit."

Der Prozess kann online [2] verfolgt und die Namen der Ratsmitglieder eingesehen werden, die unterzeichnet haben. Um erfolgreich zu sein, benötigt die Resolution die Unterstützung von mindestens 30 Ratsmitgliedern.

Sollte die Stadt New York diese Resolution verabschieden, wird dies unbegrenzte Auswirkungen haben, sowohl auf nationalem als auch auf internationalem Niveau.

Für alle, die mehr über den Vertrag erfahren möchten, hat Pressenza einen Dokumentarfilm produziert, der bereits in New York Premiere feierte, und der demnächst in weiteren Städten der Welt aufgeführt werden wird, wie zum Beispiel in Mailand am 9. Juli. Weitere Infos dazu gibt es unter [3].

Übersetzung aus dem Englischen von Pressenza München

Anmerkungen:

[1] <http://nuclearban.org/cities>

[2] <https://legistar.council.nyc.gov/LegislationDetail.aspx?ID=3996240&GUID=4AF9FC30-DFB8-45BC-B03F-2A6B534FC349>

[3] <http://theendofnuclearweapons.com/events/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

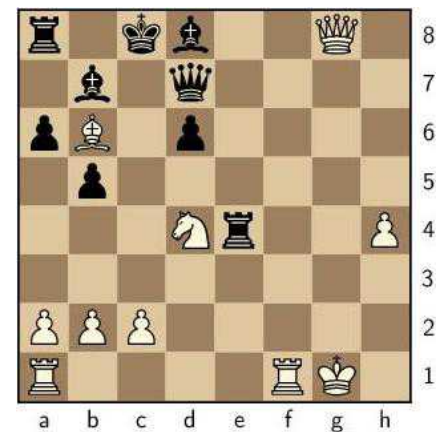
*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pame0015.html>

gradlinige 1.Tf1-f8? zerstörte 1...Te4-g4+ alle weißen Siegeshoffnungen. Ein glänzender Einfall mußte her, einer, der das Schachgebot auf g4 eliminierte und zugleich den Knoten gegen den gefesselten schwarzen Läufer auf d8 enger zog. Die Rumänin sah den vor ihr aufragenden Felsen, keine Ritzen zum Hochsteigen, kein Seil zur Hand, aber der Verstand meistert bekanntlich alle Schwierigkeiten, wenn man zuweilen auch Umwege zu gehen und Zwischenzüge zu ersinnen bereit ist.



Nikolin - Savareide
Tiflis 1982

SCHACH-SPHINX

Kein Steilfelsen zu hoch

(SB) Eine hochbrisante Stellung begegnet uns im heutigen Rätsel der Sphinx, Wanderer, wo der Verstand hohe Steilfelsen erklimmen muß, ehe er oben auf dem Gipfel anlangt. Die rumänische Meisterin Nikolin hatte mit den weißen Steinen die Amerikanerin Savareide in eine äußerst bedrängte Lage gebracht. Deren König auf c8 war wie in einem Grab gefangen. Es fehlte nur noch der Sargnagel. Allein, dieser letzte Hammerschlag schien nicht ausführbar zu sein, denn auf das

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Und tatsächlich, nach 1...Sf6-d7 opferte Karpow mit 2.Td6xd7! die Qualität und spielte fortan de facto mit einem ganzen Turm weniger. Indes gab die Stellung ihm Recht: 2...Dg4xd7 3.Sg3-f5 f7-f6 4.De5-d5+ Dd7xd5 5.c4xd5 - trotz Damentausches und materiellen Nachteils steht Weiß angesichts seiner gebundenen Freibauern auf Sieg - 5...Lg5-f4 6.g2-g3 Lf4-c7 7.Kb1-c2 b7-b5 8.Sf5xh6+ Kg8-h7 9.Sh6-f5 Te8-g8 10.d5-d6 Lc7-a5 11.Te1-e6 Tg8-g5 12.Te6xf6 Tg5xh5 13.d6-d7 Th5-h2 14.Sf5-e3 und Schwarz gab auf.

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile: Streik und Proteste gegen Bildungsreformen

(Buenos Aires, 21. Juni 2019, AN-Red) - Bereits seit Anfang Juni protestieren Lehrende und Schüler*innen gegen die Reformen an weiterführenden Schulen sowie für bessere Löhne der Lehrenden. Die Beteiligung an den Protesten liegt bei 80 Prozent und etwa 600.000 Lernende befinden sich im Streik. Am 20. Juni sind etwa 75.000 Lehrerinnen und Studierende in den größten Städten Chiles auf die Straße gegangen. Bei der Großdemo in der Hauptstadt Santiago de Chile kam es zu einem heftigen Polizeieinsatz mit Dutzenden Verhaftungen. Während der Demo setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein, die Demo konnte jedoch mit einer Abschlusskundgebung beendet werden.

Gegen die Schließung öffentlicher Schulen

Seit Anfang Juni befinden sich die chilenischen Lehrenden im Streik. Am 17. Juni haben sie einen Vorschlag des Bildungsministeriums zurückgewiesen, da er nicht ihren Forderungen entsprach. Eine Forderung besteht in der angemessenen Entlohnung von Sonderpädagog*innen. Bildungsministerin Marcela Cubillo wies diese Forderung mit dem Argument zurück, dass die erforderliche Summe im Haushalt nicht vorgesehen sei.

Die 50.000 Lehrenden, die im ganzen Land unterrichten, klagen

die "Zerstörung des öffentlichen Bildungssystem in Chile" an. Der Höhepunkt der Mobilisierung trifft mit einem Umfragetief des amtierenden Präsidenten Sebastian Piñera zusammen. Der rechtspolitische Unternehmer hatte vor einigen Monaten die Strompreise erhöht und angekündigt, dass sie alle sechs Monate weiter steigen werden. Und das in einem Kontext der wirtschaftlichen Rezession in Chile.

Die Lehrenden sprechen sich gegen die geplanten Reformen des Nationalen Bildungsrates aus, darunter das Vorhaben, Fächer wie Geschichte, Kunst, Sport und Philosophie nicht mehr verpflichtend an den Schulen lehren zu müssen. Außerdem prangern sie die Politik der Schließung öffentlicher Schulen an.

Repression gegen Schüler*innen

Die Bildungseinrichtung Instituto Nacional ist ein Symbol der Repression gegen Proteste. Die Schüler*innen haben von brutalen Übergriffen innerhalb des Kollegs berichtet, von Schlägen, Tränengas in geschlossenen Räumen und willkürlichen Verhaftungen. Am 19. Juni gingen die Videoaufzeichnungen der Übergriffe durch die sozialen Netzwerke. Dort ist zu sehen, wie die Polizei in die Unterrichtsräume eindringt, was an sich schon rechtswidrig ist, da die Polizei

sich nur mit Erlaubnis der Direktion Zutritt verschaffen darf. Am gleichen Tag soll ein 15-jähriger Schüler von der Polizei entführt, geschlagen und gefoltert und schließlich im Park O'Higgins ausgesetzt worden sein.

Selbst die Weltorganisation UNICEF verurteilte [1] die staatliche Repression gegen die Lehrenden und Studierenden. Die Schüler*innen des Instituto Nacional riefen für den 24. Juni einen landesweiten Studierendenstreik aus.

Anmerkung:

[1] <http://unicef.cl/web/unicef-condena-hechos-de-violencia-ocurridos-en-el-instituto-nacional-y-llama-a-las-partes-involucradas-a-encontrar-una-solucion-pacifica-al-conflicto/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/chile-streik-und-proteste-gegen-bildungs-reformen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Demo gegen Morde an Transpersonen und Travestis



Foto: Laura Reyes, ANRed

(Buenos Aires, 29. Mai 2019, ANRed) - Am 28. Juni fand zum vierten Mal in Folge die "Pluri-nationale Demo gegen Morde an Travestis und Transpersonen" in Buenos Aires statt. Die Demoteilnehmer*innen trafen sich an dem zentralen Maiplatz, Plaza de Mayo und liefen bis zum Nationalkongress, um "auf die Straße zu gehen und zu rufen: Schluss mit den Gewaltverbrechen!".

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/fo-togalerie-demo-gegen-morde-an-transpersonen-und-travestis/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psge0064.html>

POLITIK / SOZIALES / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ehe für alle in Ecuador

(13. Juni 2019, *Colombia Informa/ poonal*) - In einer historischen Abstimmung mit fünf zu vier Gegenstimmen hat das Oberste Verfassungsgericht von Ecuador am 13. Juni der Ehe für alle zugestimmt. Damit ist Ecuador, neben Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Uruguay und Kolumbien, das sechste Land in Lateinamerika, das die Rechte der Menschen mit verschiedenen sexuellen Orientierungen anerkennt.

Bereits 2015 hielt die gleichgeschlechtliche Ehe Einzug in das Zivilgesetzbuch. Laut Verfassung ist die Ehe jedoch ein Bund zwischen Frau und Mann. Diese Hürde ist nun genommen. Auslöser war u.a. eine Klage von Efraín

Soria und seinem Partner Xavier Banalcázar am Gerichtshof der Provinz Pichincha, weil ihnen der standesamtliche Eintrag der Ehe seit 2017 verweigert wurde.

Die LGBTI-Organisationen in Ecuador begrüßten "diesen symbolischen Schritt des Verfassungsgerichts" nicht nur für das eigene Land und die andinischen Länder, sondern als Beispiel für ganz Lateinamerika.

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poonal/ehe-fur-alle-in-ecuador/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00247.html>

Kooperationspartner



Pressenza
Kooperationspartner von Schattenblick

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



poonal
Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / MEINUNGEN / OFFENER BRIEF

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Militär in Chiapas: Mehr Krieg als Sicherheit

(Mexiko-Stadt, 18. Juni 2019, *Desinformémonos/poonal*) - Die wachsende Militarisierung zapatistischer Gebiete in Chiapas "ist mehr eine Strategie des Krieges, als der Sicherheit", bekräftigten Aktivist*innen, Organisationen, Intellektuelle und mexikanische wie internationale Akademiker*innen in einem Offenen Brief. Darunter Noam Chomsky, Fernanda Navarro, Raúl Zibechi, Juan Villoro y Carolina Coppel.

"Uns beunruhigt die Möglichkeit, dass diese neue Regierung, ebenso wie ihre Vorgängerinnen - ob liberal oder konservativ - die indigenen Völker erneut an den Rand der Auslöschung zwingen will." Die Militarisierung sei ein Warnsignal, so die Unterzeichner*innen des Offenen Briefes. Sie kritisieren darin u.a. die fragwürdige Strategie, eine Nationalgarde zum Zweck der Sicherheit einzusetzen. Denn Sicherheitskräfte "unterscheiden nicht zwischen Verbrechen und Widerstand, zwischen Grausamkeit und würdiger Rebellion" und hier werde es - genauso wie in früheren Einsätzen - auch nicht anders sein, fügen sie hinzu und argumentieren: Es sei widersprüchlich, dass sich die Sicherheitsstrategie auf bedrohliche Weise gegen die indigenen Gemeinden der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) richte, obwohl die Daten der Re-

gierung zeigten, dass das zapatistische Gebiet "mit die niedrigste Verbrechensquote aufweist".

AMLO und die Nationalgarde in der Kritik

Sie kritisieren auch den Führungsstil des amtierenden Präsidenten Andres Manuel López Obrador und wie er sein Wahlversprechen eines grundlegenden Wandels umsetzt: "Diejenigen, die sich diesen Worten anschließen, glauben, dass ein Wandel in Mexiko weder im Schatten eines politischen Pragmatismus gedeihen kann, indem man sich dem Druck beugt, der zum Autoritarismus führt, zu Beutezügen und zur Gewalt im Interesse von einem Prozent der Bevölkerung; noch durch die Diskreditierung kritischer Stimmen, die mit ihrer Authentizität und Beharrlichkeit globale Anerkennung erfahren."

Zuletzt stellen sie in ihrem Brief den zunehmenden "Prozess der Feindseligkeit" gegenüber indigenen Völkern fest, die sich gegen infrastrukturelle Megaprojekte, wie Tren Maya, den Korridor am Isthmus von Tehuantepec (Corredor Transístmico) und den Morelos-Entwicklungsplan PIM organisieren und die jüngsten Morde an Mitgliedern des Nationalen Indígena-Kongress (Congreso Nacional Indígena) und des indi-

genen Regierungsrates (Consejo Indígena de Gobierno) verurteilen.

Der komplette Offene Brief auf Spanisch ist einzusehen unter: <https://desinformemonos.org/militarizacion-de-territorios-zapatistas-mas-que-una-estrategia-de-seguridad-parece-una-estrategia-de-guerra-noam-chomsky-raul-zibechi-carolina-coppel-intelectuales-y-academicos/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/militar-in-chiapas-mehr-krieg-als-sicherheit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmof0057.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Mapuche: zwischen Forderungen und Repression

von Elena Rusca

(Genf, 3. Juni 2019, Colombia Informa/poona) - Am 28. Mai betreten zwei Polizeieinheiten die Mapuche-Gemeinschaft Antonio Calbún und schossen um sich. Ergebnis der Polizeiaktion sind mehrere Verwundete auf beiden Seiten. "Wir arbeiteten gerade auf den Feldern, als die Polizei die Gemeinschaft betrat. Ohne überhaupt mit uns zu sprechen, haben sie um sich geschossen und viele von uns verletzt. Zwei Lamgenes (Mapu für Brüder) wurden durch Kugeln verletzt. Einer am Auge, der andere am Kopf", so Millaray, ein Mitglied der Autonomen Gemeinschaft Antonio Calbún. Die Gemeindemitglieder verteidigten sich mit Steinen. Vier Carabineros wurden dabei leicht verletzt.

Es war nicht der erste Angriff auf die Autonome Gemeinde Antonio Calbún, nahe der Stadt La Victoria in der Region Araucanía, etwa 600 km südlich der Hauptstadt gelegen. Bereits Anfang dieses Jahres war es zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Grund für die Repressionen sind Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gemeinschaft und dem Großgrundbesitzer Jorge Offteter Chifferly. Er war es auch, der am 28. Mai die Polizei verständigt hatte. Für den chilenischen Staat ist er der Besitzer des Landes, auf dem sich die

Mapuche-Gemeinde befindet. Seit dem 5. Januar 2019 befinden sich die Gemeindemitglieder allerdings in einem Prozess der Wiederaneignung und halten das Land besetzt.

Die Kolonialisierung findet kein Ende

Die Streitigkeiten gehen auf die militärische Besetzung der Mapuche-Region Araucanía im 19. Jahrhundert zurück, die mit Krieg, Landraub und Vertreibung einherging. Die Mapuche-Bevölkerung wurde in Reservate gedrängt, die insgesamt nur knapp sieben Prozent ihres ursprünglichen Gebiets darstellten. Der chilenische Staat deklarierte diese Reservate als Gemeindeseigentum für Indígenas und vergab sogenannte "Gnadentitel" (titulos de merced). Noch immer befindet sich ein Großteil der 510.386 Hektar Land mit besagten Landtiteln nicht in den Händen der Mapuche. Grund hierfür sind vielfältige, illegale Mechanismen der Enteignung.

Der aktuelle Wiederaneignungsprozess beruft sich auf einen solchen Titel, welcher den Mapuche Teile des Gebiets zuspricht, das auch Offteter Chifferly seinen Besitz nennt. Sollte das aktuelle

rechtliche Verfahren die Rechtmäßigkeit der Landtitel der Mapuche-Gemeinde bestätigen, wäre Jorge Offteter Chifferly gesetzlich dazu verpflichtet, sich aus dem Mapuche-Gebiet zurückzuziehen.

Chile hat sich zum Schutz der Rechte indigener Völker verpflichtet

Die Repression gegen die Mapuche verstößt gegen die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Konvention aus dem Jahre 1989 soll die Rechte der ca. 370 Millionen Menschen aus mehr als 5.000 indigenen Völkern schützen und ist bis heute das einzige völkerrechtlich bindende Instrument zum Schutz der Rechte indigener Völker. Neben dem Grundprinzip der Nichtdiskriminierung, sichert es den Indígenas die Teilnahme an politischen Prozessen zu, welche ihre Anliegen direkt betreffen, darunter das Recht auf freie Information und vorherige Befragungen. Mit der Unterzeichnung der Konvention durch den Nationalkongress am 15. September 2009 hat sich Chile dazu verpflichtet, diese Rechte zu respektieren.

Am 19. Juni kam es zu einem erneuten Angriff mit Eisenstangen

auf einige Mitglieder der Mapuche-Gemeinde [1]. Der 29jährige Mapuche Claudio Huenchullan Quilapan liegt schwer verletzt im Krankenhaus.

Anmerkung:

[1] <http://www.colombiainforma.info/chile-repression-en-calbun-la-intencion-fue-matarnos/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mapuche-zwischen-forderungen-und-repression/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0394.html>



SPORT / BOXEN / PROFI

Mittelgewicht - der verlorene Sohn kehrt heim ...

Demetrius Andrade besiegt Maciej Sulecki nach Punkten

(SB) 1. Juli 2019 - Demetrius Andrade hat den WBO-Titel im Mittelgewicht zum zweiten Mal erfolgreich verteidigt. Beim ersten Auftritt in seiner Heimatstadt Providence, Rhode Island, in seiner elf Jahre währenden Profikarriere setzte sich der Lokalmatador vor rund 7100 Zuschauern einstimmig nach Punkten gegen Maciej Sulecki durch (120:107, 120:107, 120:107). Während der 31jährige Weltmeister damit in 28 Auftritten ungeschlagen blieb, stehen für den ein Jahr jüngeren Polen nunmehr 28 Siege und zwei Niederlagen zu Buche. Nach seinem Erfolg forderte Andrade seine prominenten Rivalen Saul "Canelo" Alvarez und Gennadi Golowkin zum Kampf, doch sind Zweifel angebracht, ob er mit seiner Vorstellung im Dunkin Donuts Center tatsächlich die Weichen dafür gestellt hat.

Als der Titelverteidiger seinen Gegner gleich in der ersten Runde zu Boden schickte, schien sich eine schnelle Entscheidung anzubahnen. Kaum war der Herausforderer wieder auf die Beine gekommen, als Andrade auch schon nachlegte, dabei jedoch größtenteils Löcher in die Luft schlug. Hingegen traf ihn der Pole mit einem satten Konter, worauf die Ecke des Weltmeisters ihren Boxer in der Pause eindrucklich vor dem offenen Schlagabtausch warnte. Der Champion hatte sich nicht nur einen gefährlichen Treffer eingehandelt, sondern wirkte

bereits zu diesem frühen Zeitpunkt erschöpft, als habe er sich bei einem einzigen Schlaghagel verausgabt. Das führte dazu, daß sich Andrade für den Rest des Kampfes meistens auf die Defensive konzentrierte und fortan sein Heil in einzelnen Treffern suchte, um sich sofort wieder zurückzuziehen, ehe sich der Herausforderer revanchieren konnte.

Das reichte aus, um Sulecki zu dominieren und ihm die Punkte abzunehmen, da der Pole nicht zu realisierten schien, wie schnell der favorisierte Kontrahent an seine Grenzen stieß. In den letzten beiden Runden beugte sich Andrade nach vorn und versuchte, den Herausforderer mit einem Wirkungstreffer zu erwischen, was ihm jedoch mißlang. Der Champion war zu diesem Zeitpunkt derart erschöpft, daß seine Schläge die nötige Wucht vermissen ließen. Er konnte daher insofern von Glück reden, daß sein Gegner in der Schlußphase nicht willens oder in der Lage war, alles auf eine Karte zu setzen und den Ausgang ihres Kampfes noch einmal spannend zu machen. Hätte Andrade in dieser konditionellen Verfassung einem aggressiveren Kontrahenten wie "Canelo" oder Golowkin gegenübergestanden, wäre es um ihn geschehen gewesen.

Alles in allem kämpfte Andrade wie eine amerikanische Version des Briten Billy Joe Saunders, da

er ständig auswich, weglief und zwischendurch peinliche Showeinlagen wie eine schlechte Imitation des Ali-Shuffle oder geschwungene Poloschläge gab. Er war viel zu sehr darauf bedacht, nur ja nicht getroffen zu werden, und ließ die Gelegenheit in zunehmendem Maße verstreichen, in der Offensive Zeichen zu setzen. Hatte er anfangs noch versucht, genau das zu praktizieren, so war bald von Angriffslust immer weniger zu sehen, zumal er von der achten Runde an konditionell abbaute. Wäre er nicht wie der verlorene Sohn nach langen Jahren heimgekehrt, hätte er wohl anstelle aufbrausenden Beifalls eher Mißfallenskundgebungen geerntet. Sein Auftritt war angesichts eines nicht allzu gefährlichen Gegners recht effektiv, aber langweilig. Im Grunde genommen versäumte es Andrade daher, Interesse bei seinen Wunschgegnern zu wecken, die beide keine Neigung haben, flüchtenden Kontrahenten im Ring hinterherzulaufen. Das sieht nie besonders gut aus und verhindert in aller Regel einen Kampf, der das Publikum begeistert. [1]

Wenngleich er hinterher behauptete, er habe Sulecki keineswegs unterschätzt, der wirklich ein zäher Bursche und zum Kämpfen gekommen sei, fügte er doch sofort überheblich hinzu: "Ich habe getan, was ich tun mußte, nämlich gut auszusehen - groß, schwarz und ansehnlich." [2] Spricht so ein Boxer, der seinem Gegner Respekt erweist, selbst wenn er ihm klar überlegen war? Wenngleich er natürlich kaum bedeutende und lukrative Kämpfe bekommt, solange er sein Licht unter den Scheffel stellt, scheint er doch seine Bedeutung zu überschätzen.

So erklärte er denn auch, er besiege sie schlichtweg alle, was zwar seiner Bilanz entspricht, aber eher nicht für die Aufgaben gilt, die er nun einfordert.

Unter seinem neuen Promoter Eddie Hearn von Matchroom Boxing USA steigt Andrade jedenfalls häufiger als früher in den Ring und hat bereits seinen dritten Auftritt binnen acht Monaten gegeben. Sulecki, der zuvor nur nach Punkten gegen den damaligen Weltmeister Daniel Jacobs verloren hatte, war dennoch kein Herausforderer auf gleicher Augenhöhe. In drei seiner letzten vier Kämpfe war er zwischenzeitlich auf den Brettern gelandet, nämlich gegen Jacobs, zweimal gegen Gabriel Rosado und nun auch gegen Andrade. Das läßt darauf schließen, daß er robust, aber eben auch relativ leicht zu treffen ist. Einem erstklassigen Techniker wie Andrade, der sich ihm behende entziehen kann, war er nicht gewachsen, wie auch die Statistik von CompuBox belegt. Demnach brachte Andrade 133 von 496 Schlägen ins Ziel (27 Prozent), während Sulecki lediglich 51 Treffer bei 331 Versuchen landen konnte (15 Prozent). So gelangen dem Polen nie mehr als sieben Treffer pro Runde, und in der fünften fand sogar von 29 Schlägen nur ein einziger sein Ziel.

Demetrius Andrade, der zweimal Weltmeister im Halbmittelgewicht gewesen war, ehe er ins höhere Limit aufstieg, konnte die mit 1,5 Millionen Dollar höchste Börse seiner Karriere einstreichen. Das ist eine Menge Geld, aber dennoch weit von den Einkünften des absoluten Spitzenpersonals entfernt, woran sich der

aktuelle Marktwert des US-Amerikaners ablesen läßt. Sulecki mußte mit etwa 400.000 Dollar vorlieb nehmen. Die Polarisierung in einige wenige Großverdiener, für die Gagen im zweistelligen Millionenbereich selbstverständlich sind, ein bereits deutlich abgehängtes Mittelfeld und eine Heerschar karg dotierter Mitbewerber schreitet voran. Weltmeister zu werden ist allenfalls eine Voraussetzung, doch mitnichten eine Garantie, finanziell ausgesorgt zu haben.

Maciej Sulecki sei kein Steve Rolls und kein Rocky Fielding, nahm Andrade provozierend auf Golowkins Gegner vom 8. Juni und "Canelos" Kontrahenten im letzten Dezember Bezug, als gebe er sich im Unterschied zu den beiden nur mit hochklassigen Aufgaben ab. Solche Einlassungen können den Mexikaner nicht beeindrucken, der zuletzt Daniel Jacobs den Titel abgenommen hat und am 14. September höchstwahrscheinlich gegen den Halbschwergewichtler Sergej Kowaljow in den Ring zurückkehrt. Golowkin setzt zwar weiter darauf, "Canelo" im Herbst zum dritten Mal vor die Fäuste zu bekommen, hat aber offensichtlich mit diesem Ansinnen schlechte Karten. Folglich könnte sich der Kasache ersatzweise mit Andrade messen, um ihm womöglich den Gürtel abspenstig zu machen, doch läßt er bislang so gut wie kein Interesse an dieser Option erkennen. Da Saul Alvarez, Gennadi Golowkin und Demetrius Andrade alle Verträge mit dem Streamingdienst DAZN abgeschlossen haben, wäre es kein Problem, entsprechende Kämpfe zu realisieren, was die Übertragung betrifft. Das ist jedoch nicht der einzige Aspekt, der



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -

beim Pläneschmieden zum Tragen kommt.

Der Verband WBC hat "Canelo" kürzlich den Titel aberkannt, den Mexikaner jedoch zugleich zum ersten "Franchise Champion" der Organisation ernannt. Das ist reichlich absurd und zeugt davon, wie die Verbände ihrer Geschäftspolitik mit dreisten Winkelzügen auf die Sprünge helfen. Wer wie Andrade gehofft hatte, in einem Kampf gegen Saul Alvarez zum unangefochtenen Champion aufzusteigen, der alle vier Titel im Mittelgewicht in seinen Besitz gebracht hat, muß daher umdisponieren. Dazu mußte der WBO-Champion aber nicht lange überlegen, da ihm ein Duell mit "Canelo" den bei weitem größten Zahltag bescheren würde und an Prestige nicht zu übertreffen wäre. Deshalb fordert er den Mexikaner denn auch dazu auf, das ganze Gewese um die Gürtel zu vergessen und sich mit ihm zu messen, um den einzigen und wahren Champion zu küren. Mit dieser Aufforderung kann er bei Saul Alvarez aber nicht landen, der sich längst für das Maß aller Dinge in der gesamten Gewichtskategorie hält und tatsächlich auch am längeren Hebel sitzt, da er sich aussuchen kann, wem er die Gunst erweist, mit ihm den Ring zu teilen.

Anmerkungen:

[1] www.boxingnews24.com/2019/06/andrade-vs-sulecki-live-fight-results-from-providence-ri/

[2] www.espn.com/boxing/story/_/id/27086387/andrade-calls-canelo-ggg-easy-win

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxp0706.html>

Inhalt

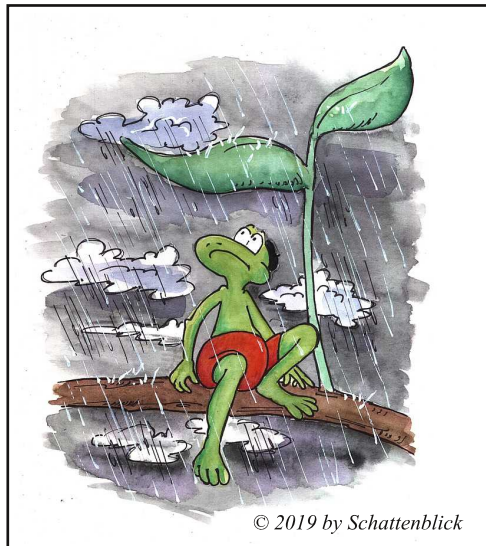
Ausgabe 2968 / Dienstag, den 2. Juli 2019

- 1 POLITIK - REPORT: Nicht objekt-, sondern subjektbegründet ... Moshe Zuckermann im Gespräch
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Volkswagenkonzern - Geschäft ist Geschäft ...
- 8 POLITIK - AUSLAND: New York City auf dem Weg zum Ausstieg aus Investitionen in Atomwaffen und zu deren Verbot (Pressenza)
- 9 SCHACH-SPHINX: Kein Steilfelsen zu hoch
- 10 POLITIK - BILDUNG: Chile - Streik und Proteste gegen Bildungsreformen (poonal)
- 11 POLITIK: Argentinien - Demo gegen Morde an Transpersonen und Travestis (poonal)
- 12 POLITIK - SOZIALES: Ehe für alle in Ecuador (poonal)
- 13 POLITIK - MEINUNGEN: Mexiko - Militär in Chiapas. Mehr Krieg als Sicherheit (poonal)
- 14 REPRESSION - FAKTEN: Chile - Mapuche zwischen Forderungen und Repression (poonal)
- 15 SPORT - BOXEN: Mittelgewicht - der verlorene Sohn kehrt heim ...
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 02. Juli 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 2. Juli 2019

+++ Vorhersage für den 02.07.2019 bis zum 03.07.2019 +++



Morgens Schauer, mittags trocken, jedoch Frosch Jean-Luc, der muß auch im Regen abends hocken, denn die Dinge sind im Fluß.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
 Verantwortlicher Ansprechpartner:
 Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
 Telefonnummer: 04837/90 26 98
 Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
 Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
 Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
 Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.